

Liebe Leserinnen und Leser,

für die CSU-Landesgruppe steht die innere Sicherheit schon immer ganz oben auf der politischen Agenda. Sie ist und bleibt Kernthema und Kernkompetenz der Union.

Unsere Vorschläge prägen seit Jahren die Sicherheitsdebatte. Leider verlieren wir immer wieder Zeit dadurch, dass SPD und Grüne unsere Vorschläge zurückweisen. Den Menschen im Land wäre mehr gedient, wenn nicht erst etwas passieren muss, bevor sich wichtige Vorschläge wie zur Videoüberwachung, zur elektronischen Fußfessel oder zur Ausweitung der Abschiebehaft durchsetzen können.

Auf unserer Winterklausurtagung im Kloster Seeon haben wir intensiv mit Innenminister Herrmann, BND-Präsident Kahl und dem für Sicherheitspolitik zuständigen EU-Kommissar King über Antworten auf neue Bedrohungen und Herausforderungen diskutiert. Natürlich kann es keinen hundertprozentigen Schutz gegen Kriminalität und Terror geben, aber das entbindet uns nicht, alles Menschenmögliche für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu tun.

Wir stehen 2017 vor entscheidenden Weichenstellungen – gerade auch bei Fragen der inneren Sicherheit. Unsere Polizei und unsere Sicherheitsbehörden können sich dabei auf unsere Unterstützung verlassen. Der Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger hat für uns oberste Priorität. Sicherheit ist bei uns in guten Händen!



Johannes Singhammer

Johannes Singhammer MdB



#Seeon17

„Sicherheit war schon immer die Kernkompetenz der CSU“
> S. 2



#Seeon17

Brexit, Flüchtlinge, EU: Norwegische Ministerpräsidentin Solberg zu Gast
> S. 3



#Seeon17

Sicherheit braucht Europa - EU-Kommissar King bei der Klausurtagung
> S. 6

Weitere Themen

#Seeon17

Leggeri: „Frontex braucht eine enge Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden“
> S. 8

#Seeon17

„Kernaufgabe des Staates ist, für Sicherheit zu sorgen“
> S. 9

#Seeon17

Austausch über Zukunft unserer repräsentativen Demokratie
> S. 12

#Seeon17

Kaaser: „Wir brauchen eine soziale Marktwirtschaft 2.0“
> S. 13

Weitere Beschlüsse im Überblick
> S. 15

Storify zu #Seeon17
> S. 17

#SEEON17

„Sicherheit war schon immer die Kernkompetenz der CSU“



© Joerg Koch / CSU-Landesgruppe

Terroranschläge, Flüchtlingsströme, Brexit: Die Klausurtagung der CSU-Landesgruppe fand in bewegten Zeiten statt. Bis Freitag tagten die Bundestagsabgeordneten im oberbayerischen Kloster Seeon. Auf der Klausur ist deutlich geworden, dass sich die CSU-Landesgruppe um die Probleme der Menschen kümmert, so Gerda Hasselfeldt.

Es ist eine klare Botschaft, die in diesen Tagen von Seeon ausgeht: „Wir stehen für Sicherheit und Stabilität“, erklärte die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt. Oberste Priorität sei es, für die Menschen in diesem Land zu sorgen - und ihnen konkrete Antworten zu geben. Dazu hat die CSU-Landesgruppe für ihre Klausurtagung zehn Beschlüsse gefasst: unter anderem zur inneren Sicherheit, zur Begrenzung der Zuwanderung, zur Digitalisierung und zur Altersvorsorge.

In Kloster Seeon diskutierten die CSU-Bundestagsabgeordneten aber auch mit hochrangigen Gesprächspartnern aktuelle Themen. So waren neben dem BND-Präsidenten Bruno Kahl auch die norwegische Ministerpräsidentin Erna Solberg und der Präsident des Deutschen Bundestages, Norbert Lammert, dabei. Auch der EU-Kommissar für die Sicherheitsunion, Julian King, und der Direktor der EU-Grenzschutzagentur Frontex, Fabrice Leggeri, waren bei winterlichen Temperaturen im Kloster zu Gast. Und wie in jedem Jahr empfing die CSU-Landesgruppe auch wieder die Sternsinger.

Ganz oben auf der Tagesordnung standen die Themen innere und äußere Sicherheit. „Sicherheit war schon immer die Kernkompetenz der CSU“, so Hasselfeldt. Und weiter: „Wir brauchen zur Sicherheit unseres Landes auch eine Begrenzung der Flüchtlingszahlen“. Hasselfeldt machte während der Klausurtagung deutlich. Humanität, Integration und Sicherheit seien nur mit einer Begrenzung der Flüchtlingszahlen zu gewährleisten.

Neben dem Schwerpunkt innere Sicherheit kamen aber auch andere Themen auf der Klausurtagung nicht zu kurz. So ging es zum Beispiel auch um das Leben in ländlichen Räumen, die Bedürfnisse von Familien, Stabilität in der Altersvorsorge und Verbesserungen in der Steuerpolitik: „Ich denke, wir sind jetzt dran mit einer deutlichen Entlastung für Steuerzahler“, unterstrich Hasselfeldt. Sie ergänzte: „Vor uns liegt ein schwieriges, arbeitsreiches Jahr.“ Insgesamt, so Hasselfeldt, sei es eine erfolgreiche Klausurtagung gewesen. Damit sei man auch 2017 wieder Impulsgeber für die politische Arbeit in Berlin.

06.01.2017

#SEEON17

Brexit, Flüchtlinge, EU: Norwegische Ministerpräsidentin Solberg zu Gast in Kloster Seeon



© Joerg Koch / CSU-Landesgruppe

Die norwegische Ministerpräsidentin Erna Solberg war am Mittwoch zu Gast in Seeon. Mit der CSU-Landesgruppe diskutierte sie vor allem das Verhältnis Norwegens zur Europäischen Union und die Flüchtlingsströme. Hier hatte Norwegen im vergangenen Jahr mit ähnlichen Problemen zu kämpfen wie Deutschland.

Bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme lasse man sich von vier Prinzipien leiten, so die Ministerpräsidentin: Erstens unterscheide man klar zwischen Flüchtlingen und wirtschaftlichen Migranten – nur den ersten gewähre man Asyl. Zweitens lege man viel Wert auf die Rückführung abgelehnter Asylbewerber. Drittens habe die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft hohe Priorität. Und schließlich investiere man viel in die Bekämpfung von Fluchtursachen. „Das Thema war auch bei uns politisch sehr schwierig. Ich bin froh, dass das norwegische Parlament die vier Maßnahmen mit breiter Mehrheit unterstützt hat“, ergänzte Solberg.

Des Weiteren berichtete sie über die Beziehungen ihres Landes zur EU: Norwegen sei zwar kein Mitglied, aber voll in den Binnenmarkt integriert. Dies umfasse auch die vier Grundfreiheiten. Das Land nimmt freiwillig an den Verteilungsprogrammen der EU teil. „Wir müssen die Stimmungen und Ängste der Bevölkerung ernstnehmen, aber eben auch an guten Lösungen – zusammen mit den Betroffenen – arbeiten.“ Solberg plädierte dafür, die aktuellen Herausforderungen gemeinsam anzugehen und europäische Lösungen zu finden. Diese müssten aber besser als bisher sein. Gerne werde ihr Land seine Expertise in die Verhandlungen zum Brexit einbringen.

Die Ministerpräsidentin verwies auf die engen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Norwegen und auf ähnliche Sichtweisen bei vielen Themen. Die CSU-Landesgruppe diskutierte mit ihr viele weitere Themen – wie zum Beispiel die Digitalisierung, das Verhältnis zu Russland oder auch die Verteidigungspolitik.

Der Beschluss im Überblick

Europa – stark und selbstbewusst

Europa steht für Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Es muss sich nicht verstecken, sondern sollte im Gegenteil Selbstbewusstsein zeigen und die Bereitschaft, die eigene Freiheit zu verteidigen. Dabei muss Konsolidierung vor Erweiterung gehen. Der Beschluss im Überblick:

- ◆ Ziel muss ein „besseres Europa“ sein, das die Lebenswirklichkeit der Bevölkerung wieder ernst nimmt und Ergebnisse liefert. Die EU muss effizienter, bürgernäher und unbürokratischer werden.
- ◆ Die EU sollte eine faire Vereinbarung mit Großbritannien anstreben: Es liegt in beiderseitigem Interesse, auch in Zukunft politisch wie wirtschaftlich so eng wie möglich zusammenzuarbeiten. Den Zugang zum Binnenmarkt darf es aber nur bei Akzeptanz der vier Grundfreiheiten geben.
- ◆ Die EU sollte sich als schlanke, flexible Union konsolidieren und auf die Kernaufgaben, wie zum Beispiel die Migrationskrise oder den globalen Terrorismus, besinnen, die sie besser lösen kann als die Mitgliedstaaten.
- ◆ Eine Reform der Freizügigkeit zur Verhinderung missbräuchlicher Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme ist dringend geboten. So müssen zum Beispiel Kindergeldzahlungen für im Ausland lebende Kinder an die dortigen Lebenshaltungskosten gekoppelt werden dürfen.
- ◆ Die CSU-Landesgruppe lehnt eine Vergemeinschaftung sowohl der sozialen Sicherungssysteme wie auch von Schulden und Risiken ab – etwa in Gestalt einer europäischen Einlagensicherung.
- ◆ Auch wird abgelehnt, die Haushaltsregeln aufzuweichen oder vom Konsolidierungskurs im Euroraum abzuweichen. In Hinblick auf die Griechenland-Hilfen besteht die CSU-Landesgruppe auf den Beschlüssen des Deutschen Bundestages, einschließlich der Beteiligung des Internationalen Währungsfonds.
- ◆ Die CSU-Landesgruppe fordert den ambitionierten Ausbau der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und eine größere strategische Autonomie der EU. Dem Ziel, gemeinsam verteidigungsfähig zu sein, will sie sich durch pragmatische Schritte nähern.
- ◆ Die Türkei hat sich aufgrund der demokratischen Rückschritte für einen EU-Beitrittsprozess disqualifiziert. Die Beitrittsgespräche sollten abgebrochen und realistischere Kooperationsformen angestrebt werden. Die Zahlung von Heranführungshilfe, die nicht der Zivilgesellschaft oder Flüchtlingsprojekten zugutekommt, muss gestoppt werden.
- ◆ Die CSU-Landesgruppe spricht sich für eine schnelle Ratifizierung von CETA und eine Neubelebung der TTIP-Verhandlungen aus. Das liegt im deutschen Interesse. Sonst setzen China, Russland oder Indien die Standards der Zukunft.
- ◆ Die Aufhebung der Russland-Sanktionen wegen der Ukraine macht die CSU-Landesgruppe von der Rückkehr Russlands auf den Boden des Völkerrechts abhängig und fordert eine langfristige Strategie für einen realistischen Umgang mit dem Land.
- ◆ Abkommen mit Staaten, aus denen viele Migranten in die EU kommen, helfen beim Kampf gegen irreguläre Migration und bei der Wiedereingliederung der Rückkehrer.

Der Beschluss im Überblick

Integration: Unsere Werte gelten

Der multikulturelle Ansatz von Rot-Grün ist gescheitert. Die CSU-Landesgruppe unterstreicht deshalb auf ihrer Klausurtagung in Kloster Seon beim Thema Integration: Es gelten unsere Werte. Das sieht der Beschluss unter anderem vor:

- ◆ Die CSU-Landesgruppe ist bereit, die Integration der Menschen mit Bleibeperspektive in unserem Land umfassend zu fördern, erwartet aber auch von den Zuwanderern die Bereitschaft, sich ihrerseits auf der Grundlage unserer Werteordnung und Leitkultur einzubringen. Für die CSU-Landesgruppe gilt: Leitkultur statt Multikulti-Beliebigkeit.
- ◆ Die Vollverschleierung passt nicht in unsere offene Gesellschaft und widerspricht unserem Grundrecht der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Deshalb soll dort, wo es rechtlich möglich ist, das Tragen von Burka und Niqab verboten werden.
- ◆ Außerdem fordert die CSU-Landesgruppe ein Kopftuchverbot für Richterinnen und Staatsanwältinnen. Die unabhängige und neutrale Justiz ist Grundpfeiler unseres Rechtsstaates. Das Vertrauen der Öffentlichkeit hierauf darf durch das äußere Erscheinungsbild einer Richterin oder Staatsanwältin nicht erschüttert werden.
- ◆ Auch Kinderehen verstoßen gegen die Grundprinzipien unserer freiheitlich demokratischen Grund- und Werteordnung. Insbesondere Ehen von unter 16-jährigen müssen künftig von Anfang an nichtig sein. Die Ehemündigkeit muss sich nach deutschem Recht richten.
- ◆ In Deutschland gilt das Grundgesetz. Weder Paralleljustiz noch die Aushöhlung unserer Rechtsordnung durch sogenannte ‚Scharia-Gerichte‘ oder ‚Scharia-Polizei‘ sind daher zu dulden und sofort zu unterbinden.
- ◆ Islamverbände und die islamischen Gemeinden und Vereine sind aufgefordert, sich stärker beim Thema Integration zu engagieren. Moscheen dürfen kein Umfeld für Radikalisierungen sein. Sie sollten sich zu Zentren der Integration und nicht zu Zentren der Separation entwickeln.
- ◆ Wer die deutsche Staatsangehörigkeit will, der muss sich vorbehaltlos zu ihr bekennen. Die doppelte Staatsbürgerschaft ist ein Integrationshindernis. Die CSU-Landesgruppe setzt sich daher dafür ein, zum alten Optionsmodell zurückkehren.
- ◆ Um Flüchtlingen die Teilnahme am Arbeitsleben zu ermöglichen, sind Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen gefordert. Wer selbst für seinen Lebensunterhalt sorgen kann, wird schnell Teil der Gesellschaft und leistet so einen Beitrag für das Gemeinwesen. Die CSU-Landesgruppe appelliert daher an alle Beteiligten einschließlich der Wirtschaft, ihre Anstrengungen weiter zu verstärken.

#SEEON17

Sicherheit braucht Europa – EU-Kommissar King bei der Klausurtagung



© Joerg Koch / CSU-Landesgruppe

Europa braucht Sicherheit. Und Sicherheit braucht Europa. Am Donnerstag war Julian King, EU-Kommissar für die Sicherheitsunion, zu Gast bei der Klausurtagung. Er machte deutlich, dass man genau wissen müsse, wer in die EU ein- und ausreise. „Wir brauchen die effektivste Kontrolle an und hinter den Grenzen“, so King.

Die Beratungen am zweiten Tag der Klausurtagung standen ganz im Zeichen der inneren Sicherheit – national wie europäisch. „Terror und Kriminalität machen nicht an den nationalen Grenzen halt. Umso wichtiger ist die Zusammenarbeit der nationalen und europäischen Behörden, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten“, unterstrich die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt. Im Zentrum der Diskussion stand die Frage, wie man den Datenaustausch über nationale Grenzen hinweg verbessern und Institutionen wie Europol besser nutzen könne.

Der für die Sicherheitsunion zuständige EU-Kommissar Julian King machte deutlich, es gehe nun darum zu klären, welche Schritte auf europäischer Ebene nötig seien, um die nationalen Behörden zu unterstützen. In den vergangenen Monaten seien bereits viele Entscheidungen getroffen worden, um den Schutz der europäischen Grenzen und die Kontrollen hinter den Grenzen zu verbessern. „Aber wir müssen noch mehr tun. Wir müssen wissen, wer nach Europa einreist und wer Europa verlässt.“ Bestehende Systeme müssten besser vernetzt und einfacher zu handhaben sein. „Die europäischen Datenbanken sind nur so effektiv wie ihre Nutzung“, so King. Eine effektive und nachhaltige Sicherheitsunion aufzubauen, bleibe eine Herausforderung, die die Politik noch lange beschäftigen werde.

Der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Manfred Weber, machte klar „Sicherheit braucht Europa“. Er plädierte für einen europaweiten Datenaustausch der Sicherheitsbehörden und eine gemeinsame Erfassung potenzieller Gefährder. „Was wir heute brauchen, ist eine europäische Liste, (...) damit wir gemeinsam einen Überblick haben über die Gefährder in der Europäischen Union“. Weber beklagte jedoch die mangelnde Kooperation der Linken und Grünen in vielen Fragen der inneren Sicherheit.

Ebenfalls diskutiert wurde die Cybersicherheit und der Brexit: Weber machte deutlich, dass man natürlich die Entscheidung der Briten respektiere. Klar sei jedoch auch, dass es keine Rosinenpickerei geben dürfe und Großbritannien am Ende nicht besser dastehe als vorher.

Der Beschluss im Überblick

Deutschland nicht überfordern – Zuwanderung begrenzen

Flucht und illegaler Migration fordern und weiter heraus: Krieg und Verfolgung, Klimaveränderungen, Armut und der rasante Bevölkerungsanstieg in vielen Regionen lassen den Migrationsdruck eher noch ansteigen. Der Beschluss im Einzelnen:

- ◆ Die Integrationsfähigkeit Europas und Deutschlands ist wie die eines jeden Landes begrenzt. Der eingeschlagene Weg ist daher konsequent fortzusetzen.
- ◆ Oberste Priorität hat ein effektiver Grenzschutz. Nur mit sicheren EU-Außengrenzen hat Schengen eine Zukunft. „Sichere EU-Außengrenzen heißt aber, dass wir entscheiden, wer nach Europa kommt, und nicht die Schlepper.“
- ◆ Die CSU-Landesgruppe begrüßt deshalb die Verstärkung des Einsatzes der EU-Grenzschutzagentur Frontex, um der illegalen Migration auf dem Seeweg in Nordafrika Einhalt zu gebieten. Es dürfe aber keinen Automatismus geben, dass alle geretteten Menschen nach Europa kommen. Deshalb spricht sich die CSU-Landesgruppe für eine Kooperationen mit afrikanischen Staaten wie etwa Ägypten oder Tunesien aus, damit die geretteten Personen an sichere Einrichtungen in Nordafrika gebracht werden können.
- ◆ Solange EU-Außengrenzschutz nicht funktioniert, ist die Sicherung der deutschen Grenzen unerlässlich. Auch andere Bundesländer müssen deshalb die Bundespolizei unterstützen. Denn: Wir müssen wissen, wer zu uns kommt.
- ◆ Die CSU-Landesgruppe erneuert ihre Forderung nach Transitzentren direkt an der Grenze. Hier soll bereits eine Identitäts- und Sicherheitsüberprüfung stattfinden. Außerdem sollen Asylbewerber mit geringer Bleibeperspektive in beschleunigten Verfahren direkt aus den Transitzentren zurückgeführt werden. Dadurch wird die Unterscheidung von Schutzbedürftigen und Nicht-Schutzbedürftigen so früh wie möglich durchgeführt.
- ◆ Selbst verursachte Verfahrenshindernisse müssen zur Ablehnung des Asylantrages führen. Dies muss künftig auch dann gelten, wenn sich der Antragsteller weigert, an der Beschaffung eines Identitätsnachweises mitzuwirken oder erkennungsdienstliche Maßnahmen zu dulden.
- ◆ Das Jahr 2017 muss im Zeichen der Rückführungen stehen. Dass einige Bundesländer ihrer Verpflichtung in dieser Beziehung nicht nachkommen, muss Folgen haben. Wenn sich bestimmte Länder weiterhin weigern, geltendes Recht zu vollziehen, ist die Beteiligung des Bundes an den Flüchtlingskosten gegenüber diesen Ländern zu kürzen.
- ◆ Die Rückführungsquoten der Länder inklusive Anzahl und Gründe für nicht erfolgte Abschiebungen sollen künftig monatlich veröffentlicht werden.
- ◆ Aber auch gegenüber den Herkunftsländern ist ein stärkeres Einfordern im Hinblick auf die Pflicht zur Rückübernahme ihrer Staatsangehörigen nötig
- ◆ Insbesondere straffällige Ausländer und Gefährder müssen konsequenter und schneller ausgewiesen und abgeschoben werden. Eine weitere Verschärfung des Ausweisungsrecht ist zu prüfen, außerdem müssen Vollzugsdefizite beseitigt werden.
- ◆ Die CSU-Landesgruppe fordert deshalb einen neuen Haftgrund bei der Abschiebehaf für Ausreisepflichtige, die straffällig geworden sind oder die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen. Die Anordnung eines Ausreisegewahrsams muss bis zu vier Wochen möglich sein.
- ◆ Der Familiennachzug ist dort aufzuheben, wo er europa- und verfassungsrechtlich nicht vorgeschrieben ist.
- ◆ Entscheidend ist es aber, die Probleme an der Wurzel zu packen. Dies bedeutet, die Lebensbedingungen von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen in den Herkunfts- und Transitländern durch Bildung, Ausbildung und Beschäftigung zu verbessern, Terrorismus, Kriminalität und Menschenhandel entgegenzuwirken und vor Ort eine Perspektive zu geben.

#SEEON17

Leggeri: „Frontex braucht eine enge Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden“



© Joerg Koch / CSU-Landesgruppe

Wie kann die Sicherheit in Deutschland und in Europa gewährleistet werden? Wie bewältigt die EU die Flüchtlingsströme? Eine entscheidende Rolle für diese Fragen spielt die europäische Grenzschutzagentur Frontex. Ihr Direktor, Fabrice Leggeri, gab auf der Klausurtagung in Seeon Antworten.

Leggeri machte in seinem Bericht klar, dass es im Vergleich zu 2015 eine deutliche Abnahme des Migrationsdrucks im östlichen Mittelmeer gab. Dies habe zu einer Entspannung in den Balkanländern geführt. Dennoch wird die Herausforderung der Flüchtlingsströme auch in diesem Jahr bleiben. Ein effektiver Schutz der EU-Außengrenzen sei deshalb von entscheidender Bedeutung, um die Sicherheit und Freizügigkeit in der EU zu gewährleisten. Die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt ergänzte, dass hier nicht die europäischen Institutionen, sondern vor allem die Mitgliedstaaten in der Verantwortung seien.

Zwar seien die Kompetenzen von Frontex erweitert worden, erklärte auch Leggeri, allerdings: „Frontex braucht eine enge Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden“. Das gelte neben dem Grenz- und Küstenschutz auch beim Thema Rückführungen. Mit Deutschland arbeite man eng zusammen. Aber gerade die jüngsten Ereignisse in Berlin hätten gezeigt, wie wichtig Rückführungen von Drittstaatlern seien, wenn sie eine Gefahr für die innere Sicherheit darstellen. Deshalb, so auch Hasselfeldt, müssten Rückführungsabkommen mit den Herkunftsländern eine zentrale Rolle spielen. „Zudem muss alles daran gesetzt werden, dass sich die Menschen gar nicht erst auf den Weg machen, sondern in ihren Herkunftsstaaten bleiben“, erklärte die CSU-Landesgruppenvorsitzende.

#SEEON17

„Kernaufgabe des Staates ist, für Sicherheit zu sorgen“



© Joerg Koch / CSU-Landesgruppe

Am Donnerstagnachmittag standen nationale Maßnahmen der inneren Sicherheit im Mittelpunkt. Hierzu hatte die CSU-Landesgruppe den Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes Bruno Kahl und den bayerischen Innenminister Joachim Herrmann als Gesprächspartner nach Seeon eingeladen.

„Der Flüchtlingsdruck wird auf absehbare Zeit nicht nachlassen“, machte BND-Präsident Kahl klar. Zwar gebe es eine deutliche Reduzierung der Migrationszahlen, aber der Zustrom sei bei weitem nicht zum Erliegen gekommen. Zwei Entwicklungen seien von zentraler Bedeutung: zum einen die Schließung der Balkanroute, zum anderen das EU-Türkei-Abkommen. Mittlerweile, so ergänzte der bayerische Innenminister, Joachim Herrmann, habe man neben der Diskussion über die Flüchtlingszahlen auch eine Debatte um Sicherheitsfragen. „Wenn es um die Sicherheit in unserem Land geht, können die Bürger mit Recht erwarten, dass es Kernaufgabe des Staates ist, dafür zu sorgen“, betonte er. Auch wenn es hundertprozentige Sicherheit nicht gebe.

2016 sei auch für Bayern kein einfaches Jahr gewesen. Der Anschlag auf dem Berliner Weihnachtsmarkt war bundesweit grausamer Höhepunkt, so Herrmann. Kahl stellte klar, dass die Anschlagserie in westlichen Ländern zwar keine direkte Folge der militärischen Niederlagen des IS im Irak und Syrien sei oder ein Racheakt, aber – quasi als Ausgleichsmaßnahme – die Handlungsfähigkeit der Terrororganisation unterstreichen solle.

Herrmann machte deutlich: Mit der aktuellen Bedrohungslage gehen neue Herausforderungen einher. Denn Terrorismus und Kriminalität veränderten sich. Bayern sei seit vielen Jahren das sicherste Bundesland in Deutschland, weil es sich darauf einstelle.

Die CSU-Landesgruppe diskutierte konkrete Maßnahmen mit dem Innenminister und dem BND-Präsidenten. „Sie rennen bei uns offene Türen ein“, erklärte Hasselfeldt. Sie dankte auch den Mitarbeitern des BND für ihren Einsatz, die vieles verhindert hätten und versicherte, dass sich die CSU-Abgeordneten weiter für optimale Bedingungen der Nachrichtendienste einsetzen werden. Der BND-Präsident warb dafür, dass auch Nachrichtendienste öffentliche Rückendeckung bräuchten. Innenminister Herrmann unterstrich zudem: „Wir brauchen eine starke Polizei.“

Der Beschluss im Überblick

Sicherheit für unsere Freiheit

Ohne Sicherheit kann es keine Freiheit geben. Die CSU-Landesgruppe legte deshalb ihren Fokus bei der diesjährigen Klausurtagung auf das Thema der Inneren Sicherheit. Sie fordert null Toleranz gegen diejenigen, die unseren Rechtsstaat in Frage stellen. Das sieht der Beschluss unter anderem vor:

- ◆ Nur ein kontinuierlicher Personalaufwuchs bei der Polizei und den Sicherheitsbehörden kann zu deutlich mehr Präsenz und zur effektiveren Aufklärung von Straftaten beitragen. Ein effektiver Kampf gegen den Terror und die organisierte Kriminalität kann man zum Schutz der Bürger nur gewährleisten, wenn der Datenschutz nicht über den Täterschutz gestellt wird.
- ◆ Für mehr Sicherheit sind aber auch mehr Befugnisse für unsere Sicherheitsbehörden auf allen Ebenen nötig.
- ◆ Eine lückenlose Registrierung und standardmäßige Sicherheitsüberprüfung aller ankommenden Flüchtlinge bereits an der Grenze ist unerlässlich. Denn: Wir müssen wissen, wer in unser Land kommt.
- ◆ Die CSU-Landesgruppe spricht sich für Transitzonen aus, in denen alle Flüchtlinge lückenlos erfasst werden. Es soll ihre Identität festgestellt und geprüft werden, ob Sicherheitsbedenken bestehen. Dafür ist allerdings ein funktionierender europaweiter Datenaustausch wichtige Voraussetzung, zum Beispiel durch Erweiterung des EU-Strafregisters, um Informationen über Verurteilungen von Drittstaatsangehörigen in einem anderen Mitgliedstaat zu erhalten, ohne Auskunftersuchen an alle Mitgliedstaaten zu richten sowie den europäischen Kriminalaktennachweis von Polizei und Sicherheitsbehörden.
- ◆ Wenn sich einzelne EU-Mitgliedstaaten weigern, den automatisierten Zugriff auf DNA- und Fingerabdruckdaten allen Sicherheitsbehörden zu ermöglichen, muss dies sanktioniert werden.
- ◆ Zur Erfassung von Reisebewegungen von Terroristen ist die EU-Richtlinie zur Speicherung von Flugpassdaten zügig in deutsches Recht umzusetzen.
- ◆ Verurteilte Extremisten sollen umfassender durch elektronische Fußfesseln überwacht werden. Auch die Videoüberwachung ist auszuweiten.
- ◆ Extremisten, die neben ihrer ausländischen auch die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, muss die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen werden, wenn sie sich für den Dschihad ausbilden lassen oder im Ausland für eine Terrororganisation kämpfen.
- ◆ Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam müssen verschärft werden. Die CSU-Landesgruppe fordert einen neuen Haftgrund für Gefährder. Der Ausreisegewahrsam ist auf vier Wochen zu verlängern.
- ◆ Außerdem soll in Strafprozessen gegen Heranwachsende (18 bis 21 Jahre) das Erwachsenenstrafrecht grundsätzlich zur Anwendung kommen und nicht das Jugendstrafrecht.
- ◆ Es ist darüber hinaus nicht hinnehmbar, dass in Deutschland straflos für in- und ausländische Terrororganisationen und kriminelle Vereinigungen geworben werden darf. Die unter Rot-Grün abgeschaffte Strafbarkeit der Sympathiewerbung für kriminelle bzw. terroristische Vereinigungen muss umgehend zum Schutz der Bürger wieder eingeführt werden.
- ◆ Hassprediger und die Finanzierung von Moscheen durch extremistische Organisationen leisten radikalen Strukturen Vorschub. Die CSU-Landesgruppe verlangt die Offenlegung ihrer Finanzquellen, um Missbrauch und gezielte Steuerung zu verhindern. Die zuständigen Behörden müssen mit Vereinsverboten härter und konsequenter reagieren, damit radikale Ideologien nicht unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit weiter verbreitet werden.
- ◆ Die CSU-Landesgruppe tritt außerdem für den einen praxisgerechten Ausbau der Verkehrsdatenspeicherung ein: Dies bedeutet eine Erweiterung auf den E-Mail-Verkehr und sonstige Kommunikationsdienste (WhatsApp, Skype) und eine Verlängerung der Speicherfrist. Zudem müssen die Zugriffsmöglichkeiten erweitert werden, Zugriff auch für Nachrichtendienste muss ermöglicht werden.
- ◆ Unter Führung der Polizei soll ein Einsatz der Bundeswehr im Innern möglich sein.

Der Beschluss im Überblick

Gefahren aus der virtuellen Welt wirksam entgegentreten

Die Kriminalität im sogenannten Cyber-Raum ist auf dem Vormarsch. In einem entsprechenden Beschluss sind Maßnahmen aufgeführt, um den Gefahren in der virtuellen Welt entgegenzuwirken. Das Wichtigste in Kürze:

- ◆ Cyber-Angriffe gegen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft untergraben die Stabilität des Staates, der Gesellschaft und des Gemeinwesens überhaupt. Gezielte Desinformationskampagnen sind zu einer ernststen Bedrohung geworden. Hassnachrichten in sozialen Netzwerken weisen ein nicht gekanntes Maß an sprachlicher Verrohung auf.
- ◆ Schutz und Sicherheit für Bürger und Unternehmen auch im Cyber-Raum sind dabei die originäre Aufgabe des Staates. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum.
- ◆ Die CSU-Landesgruppe fordert, die Speicherung und Erhebung von Telekommunikationsverkehrsdaten weiter zu entwickeln. Künftig sind auch der E-Mail-Verkehr sowie sonstige Kommunikationsdienste in die Speicherung der Verbindungsdaten einzubeziehen. Die Speicherfrist ist außerdem zu verlängern, die Zugriffsmöglichkeiten zu erweitern.
- ◆ Mobbing, sexuelle Gewalt und Desinformation (Fakenews) im Internet sind zurückzudrängen.
- ◆ Betreiber von sozialen Medien und sonstige Kommunikationsdienste müssen ihrer Verantwortung gerecht werden. Sie stehen in der Pflicht, die Weiterverbreitung von Hassnachrichten und strafbaren Inhalten über ihre Internetplattformen zu unterbinden und sofort zu löschen.
- ◆ Es muss gegen gezielte Desinformationskampagnen entschlossen vorgegangen und Plattformen zur Richtigstellung und Gegendarstellung verpflichtet werden.
- ◆ Kommen die Betreiber dem nicht nach, muss dies – zum Beispiel mit Bußgeldern – sanktioniert werden können. Auch die Weiterverbreitung von bewusst falschen Nachrichten darf nicht hingenommen werden. Wo es nötig ist, sind Strafbarkeitslücken zu schließen.
- ◆ Außerdem sollen im sogenannten Darknet vermehrt spezialisierte Internet-Polizisten zum Einsatz kommen, die gezielt Geldwäsche, illegalen Waffenhandel oder die Kommunikation zwischen Terroristen aufklären.
- ◆ Auch zur Bekämpfung des sogenannten Cyber-Mobbings und sexueller Kriminalität gegenüber Kindern und Jugendlichen im Internet müssen wir die Fahndung durch verdeckte Ermittler im Netz drastisch intensivieren.
- ◆ Künftig sollen Sicherheits-Gütesiegel zudem für internetfähige Geräte den Verbrauchern Auskunft darüber geben, dass Mindestanforderungen an die Sicherheit eingehalten werden. Die CSU-Landesgruppe will eine gesetzliche Grundlage schaffen, die Hersteller und Vertriebspartner von in Deutschland verkaufter Hard- und Software verpflichtet, Sicherheitsmaßnahmen entsprechend dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik umzusetzen und Sicherheitsaktualisierungen bei bekannten Schwachstellen in ihren Produkten schnellstmöglich bereitzustellen.
- ◆ Das Nationale Cyber-Abwehrzentrum soll zum einem rund um die Uhr besetzten Lagezentrum ausgebaut werden. Es soll dazu befähigt werden, die Cyber-Sicherheitslage in Deutschland zu erfassen, zu bewerten und im Falle eines großangelegten Angriffs Gegenmaßnahmen einleiten.

06.01.2017

#SEEON17

Austausch über Zukunft unserer repräsentativen Demokratie



© Joerg Koch / CSU-Landesgruppe

Die Bundestagswahl wirft ihre Schatten voraus: Am Freitagmorgen war der Präsident des Deutschen Bundestages, Norbert Lammert, in Seeon zu Gast. Im Mittelpunkt der Debatte stand der Parlamentarismus.

„In Zeiten, in denen das Vertrauen in politische Institutionen schwindet, ist es angebracht, über die Stabilität unseres politischen Systems und über die Zukunft unserer repräsentativen Demokratie nachzudenken“, erklärte Gerda Hasselfeldt.

Themen des Austausches waren deshalb in erster Linie die Möglichkeiten einer stärkeren Beteiligung der Bevölkerung und eine Wahlrechtsreform.

Lammert unterstrich außerdem, dass eine Große Koalition nicht die präferierte Konstellation für die Zeit nach der nächsten Bundestagswahl sei. Allerdings sei jetzt nicht die richtige Zeit für Spekulationen über mögliche Koalitionen.

06.01.2017

#SEEON17

Kaeser: „Wir brauchen eine soziale Marktwirtschaft 2.0“



© Joerg Koch / CSU-Landesgruppe

Wie wirken sich Globalisierung und Digitalisierung auf die Arbeitswelt aus? Wie müssen wir mit den Veränderungen der Industrie 4.0 umgehen? Zum Abschluss diskutierte die CSU-Landesgruppe mit dem Vorstandsvorsitzenden der Siemens AG, Joe Kaeser.

Mit Joe Kaeser hatte die CSU-Landesgruppe einen Vorstandsvorsitzenden zu Gast, dessen Unternehmen 60.000 Mitarbeiter in Bayern beschäftigt – die Hälfte der gesamten Belegschaft. Gesprächsthemen gab es entsprechend viele: der wachsende Populismus überall auf der Welt, die globale Migration, der Klimawandel und insbesondere die Herausforderungen der Industrie 4.0: „Die Digitalisierung gibt es ja schon länger, neu ist, das sie überall in den industriellen Wertschöpfungsprozess eingreifen wird,“ betonte Kaeser. Diese Entwicklung werde gravierende wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen haben, so der Siemens-Chef. Deshalb: „Wir brauchen eine soziale Marktwirtschaft 2.0.“ Kaeser plädierte für eine Koalition der Verantwortung aller gesellschaftlichen Kräfte. Wichtig sei die gesellschaftliche Mitnahme aller. Konkret warb er für eine neue Art der Altersvorsorge: Man brauche eine stärkere Beteiligung der Mitarbeiter am Unternehmensvermögen mit entsprechenden steuerlichen Anreizen.

Die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt begrüßte, dass Kaeser den Erfolg der Unternehmen auch abhängig mache vom Erfolg des gesellschaftlichen Zusammenhalts und betonte, wie wichtig der regelmäßige Austausch zwischen Politik und Wirtschaft sei.

Der Beschluss im Überblick

Steuerpolitik – für eine echte Entlastung

Die CSU-Landesgruppe setzt sich für eine umfassende und spürbare Steuerreform ein, die allen in Deutschland zu Gute kommt und nicht nur Teilen der Bevölkerung. Gleichzeitig will sie den eingeschlagenen Kurs der Haushaltskonsolidierung fortführen. Der Beschluss im Überblick:

- ◆ Die CSU-Landesgruppe will Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen entlasten, indem sie den sogenannten Mittelstandsbauch bei der Einkommensteuer deutlich abschmelzen und auf Dauer vollständig beseitigen will. Der Spitzensteuersatz soll erst ab einem Einkommen von 60.000 Euro greifen.
- ◆ Der Solidaritätszuschlag soll nach Auslaufen des Solidarpakts II 2019 schrittweise abgeschafft werden.
- ◆ Die CSU-Landesgruppe spricht sich klar gegen jede Art von Steuererhöhungen aus und setzt sich dafür ein, dass die Steuerquote nicht weiter zunimmt. Zudem will sie die kalte Progression durch die Anpassung des Einkommensteuertarifs an die Preisentwicklung regelmäßig abbauen.
- ◆ Mit einem Baukindergeld will die CSU-Landesgruppe flächendeckend gerade Familien den Erwerb von Wohneigentum erleichtern. Zugleich will sie die Nebenkosten beim Erwerb von Eigentum mindern. Insbesondere die Länder werden aufgefordert, die Grunderwerbsteuer wieder auf ihren Ursprungssatz von 3,5 Prozent abzusenken.
- ◆ Zudem soll das Angebot an bezahlbaren Mietwohnungen durch eine bessere steuerliche Förderung bei der Schaffung von angemessenen Wohnraum erhöht werden.
- ◆ Die CSU-Landesgruppe fordert, dass die Grundsteuer auch nach der notwendig werdenden Reform einfach zu erheben ist. Steuererhöhungen durch die Hintertür mittels neuer Bewertungen, wie der Vorschlag des Bundesrates sie vorsieht, werden abgelehnt. Die Gesetzgebungskompetenz für die Grundsteuer und die Erbschaftsteuer gehört in Länderhand.
- ◆ Aufgrund der aktuellen Niedrigzinsphase will die CSU-Landesgruppe den bislang vorgesehenen Zinssatz für Steuernachzahlungen von sechs auf drei Prozent halbieren. Der steuerliche Zinssatz für die Pensionsrückstellungen soll ebenfalls abgesenkt werden.
- ◆ Steuerumgehung ist nicht nur auf nationaler, sondern auch auf internationaler Ebene anzugehen und einzudämmen.

Der Beschluss im Überblick

Deutschland fit machen für die Digitalisierung – Chancen ausgewogen nutzen

Die Digitalisierung führt uns in eine historische Phase, die unseren Alltag, unser Leben und unser Land tiefgreifend verändert. Bei aller Euphorie müssen wir alle Menschen in das neue Zeitalter mitnehmen.

- ◆ Schnelles Internet ist Grundbedingung für fast jedes unternehmerische Handeln. Daher müssen wir es auch in die Fläche, in die ländlichen Räume bringen. Zugleich sind die Übertragungsgeschwindigkeiten flächendeckend zu erhöhen.
- ◆ Deutschland führt mit Patenten bei neuen Arten, mobil zu sein. Automatisiertes und vernetztes Fahren gilt es auszubauen, um die Ideen auch umsetzen zu können.
- ◆ Unsere Gesetze entspringen einer analogen Welt. Wir müssen nach vorne schauen und wollen die ein Datengesetz, dass zum einen die Persönlichkeitsrechte der Einzelnen schützt, und zugleich digitalen Ideen einen vernünftigen rechtlichen Rahmen gibt.
- ◆ Die Digitalisierung verändert unser Leben von Kleinauf. Daher ist die frühzeitige Vermittlung der Herausforderungen der Digitalisierung an Schulen und Universitäten zu vermitteln.
- ◆ Digitalisierung erhöht unsere Flexibilität bei einer selbstbestimmten Arbeit. Dies ist zugleich mit den Risiken einer Überforderung verbunden. Wir wollen allen Arbeitnehmern auch einen Schutz bieten, damit sie nicht überfordert werden.
- ◆ Wir unterstützen die Initiative, alle Aufgaben der Digitalisierung in einem Ministerium zu bündeln.

Weitere Beschlüsse im Überblick

Der Beschluss im Überblick

Europa – stark und selbstbewusst

Europa steht für Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Es muss sich nicht verstecken, sondern sollte im Gegenteil Selbstbewusstsein zeigen und die Bereitschaft, die eigene Freiheit zu verteidigen. Dabei muss Konsolidierung vor Erweiterung gehen. Der Beschluss im Überblick:

- ◆ Ziel muss ein „besseres Europa“ sein, das die Lebenswirklichkeit der Bevölkerung wieder ernst nimmt und Ergebnisse liefert. Die EU muss effizienter, bürgernäher und unbürokratischer werden.
- ◆ Die EU sollte eine faire Vereinbarung mit Großbritannien anstreben: Es liegt in beiderseitigem Interesse, auch in Zukunft politisch wie wirtschaftlich so eng wie möglich zusammenzuarbeiten. Den Zugang zum Binnenmarkt darf es aber nur bei Akzeptanz der vier Grundfreiheiten geben.
- ◆ Die EU sollte sich als schlanke, flexible Union konsolidieren und auf die Kernaufgaben, wie zum Beispiel die Migrationskrise oder den globalen Terrorismus, besinnen, die sie besser lösen kann als die Mitgliedstaaten.
- ◆ Eine Reform der Freizügigkeit zur Verhinderung missbräuchlicher Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme ist dringend geboten. So müssen zum Beispiel Kindergeldzahlungen für im Ausland lebende Kinder an die dortigen Lebenshaltungskosten gekoppelt werden dürfen.
- ◆ Die CSU-Landesgruppe lehnt eine Vergemeinschaftung sowohl der sozialen Sicherungssysteme wie auch von Schulden und Risiken ab – etwa in Gestalt einer europäischen Einlagensicherung.
- ◆ Auch wird abgelehnt, die Haushaltsregeln aufzuweichen oder vom Konsolidierungskurs im Euroraum abzuweichen. In Hinblick auf die Griechenland-Hilfen besteht die CSU-Landesgruppe auf den Beschlüssen des Deutschen Bundestages, einschließlich der Beteiligung des Internationalen Währungsfonds.
- ◆ Die CSU-Landesgruppe fordert den ambitionierten Ausbau der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und eine größere strategische Autonomie der EU. Dem Ziel, gemeinsam verteidigungsfähig zu sein, will sie sich durch pragmatische Schritte nähern.
- ◆ Die Türkei hat sich aufgrund der demokratischen Rückschritte für einen EU-Beitrittsprozess disqualifiziert. Die Beitrittsgespräche sollten abgebrochen und realistischere Kooperationsformen angestrebt werden. Die Zahlung von Heranführungshilfe, die nicht der Zivilgesellschaft oder Flüchtlingsprojekten zugutekommt, muss gestoppt werden.
- ◆ Die CSU-Landesgruppe spricht sich für eine schnelle Ratifizierung von CETA und eine Neubelebung der TTIP-Verhandlungen aus. Das liegt im deutschen Interesse. Sonst setzen China, Russland oder Indien die Standards der Zukunft.
- ◆ Die Aufhebung der Russland-Sanktionen wegen der Ukraine macht die CSU-Landesgruppe von der Rückkehr Russlands auf den Boden des Völkerrechts abhängig und fordert eine langfristige Strategie für einen realistischen Umgang mit dem Land.
- ◆ Abkommen mit Staaten, aus denen viele Migranten in die EU kommen, helfen beim Kampf gegen irreguläre Migration und bei der Wiedereingliederung der Rückkehrer.

Der Beschluss im Überblick

Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken – Familien fördern

Die Familie ist die Keimzelle unserer Gesellschaft. Daher ist es ein Kernanliegen der CSU-Landesgruppe, Familien zu stärken. Sie will sie dabei unterstützen, sich möglichst frei nach ihren Wünschen entfalten zu können. Der Beschluss im Überblick:

- ◆ Die CSU-Landesgruppe will den belohnen, der Verantwortung in einer Familie übernimmt. Deshalb will sie das Ehegattensplitting uneingeschränkt erhalten. Es soll um ein Kindersplitting ergänzt werden.

- ◆ Die CSU-Landesgruppe unterstützt die Ausweitung des Unterhaltsvorschlusses. Auch müssen die Rückholquoten deutlich verbessert werden. Denn die Unterhaltspflichtigen dürfen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden.
- ◆ Für eine ausgewogene Balance zwischen den Wünschen der Familien und den Belangen der Unternehmen sollen die individuellen Möglichkeiten während der Erziehungs- und Pflegezeiten verbessert werden. Das will die CSU-Landesgruppe insbesondere über die Möglichkeit flexibler Arbeitszeitkonten sicherstellen.
- ◆ Die CSU-Landesgruppe will eine echte Wahlfreiheit: Deshalb lehnt sie die Familienzeit mit einem Familiengeld, wie sie von Seiten der Bundesfamilienministerin gefordert wird, klar ab.
- ◆ Zudem setzt sie sich für den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung ein.
- ◆ Um den Erwerb von Wohneigentum zu erleichtern, will die CSU-Landesgruppe flächendeckend und einkommensunabhängig ein Baukindergeld einführen und beim Bausparen die Einkommensgrenzen bei der Wohnungsbauprämie anheben. Vorgeschlagen wird zudem, ein neues Bürgschaftsprogramm aufzulegen und bestehende Programme – wie das der KfW – um eine Kinderkomponente zu ergänzen.
- ◆ Um die Kosten beim Immobilienerwerb zu reduzieren, schlägt die CSU-Landesgruppe vor, die Kaufnebenkosten zu senken.
- ◆ Zudem will sie eine steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung einführen und die geltenden Vorschriften zur Erhöhung der Energieeffizienz bei Gebäuden überprüfen.
- ◆ In Fällen der Anschlussfinanzierung und Umschuldung bei demselben Kreditinstitut soll rechtssicher klar gestellt werden, dass keine erneute Kreditwürdigkeitsprüfung erforderlich ist. Die CSU-Landesgruppe will daneben darauf achten, dass die Regelungen nicht altersdiskriminierend sind oder Benachteiligungen zu Lasten von Familien enthalten.

Der Beschluss im Überblick

Altersvorsorge – den Bedürfnissen von Jung und Alt gerecht werden

Das Rentenniveau liegt über den Erwartungen und auch die Beitragssätze sind niedriger als vorhergesagt. Nötig ist deshalb kein Kurswechsel, sondern Stabilität. Die CSU-Landesgruppe will an dem Ziel festhalten, auch langfristig ein Gesamtversorgungsniveau aus allen drei Säulen der Altersvorsorge sicherzustellen, das annähernd dem heutigen Niveau entspricht und dabei die junge Generation nicht über Gebühr belastet. Der Beschluss im Überblick:

- ◆ Bis 2029 sind die doppelten Haltelinien für Sicherungsniveau und Beitragssätze bei den Renten gesetzlich verankert. Für die Zeit ab 2030 gilt es, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung abzuwarten, um die doppelten Haltelinien ab 2030 sachgerecht zu bestimmen.
- ◆ Hingegen sollte die Bezugsgröße für die Berechnung des Rentenniveaus – wie vom Sachverständigenrat vorgeschlagen – angepasst werden: Die zugrundeliegende Standardrente, die bislang mit 45 Beitragsjahren angesetzt wird, muss auf 47 Beitragsjahre erhöht werden.
- ◆ Die CSU-Landesgruppe will die Position von Frauen in der Altersvorsorge stärken. Insbesondere sollen künftig allen Müttern drei Jahre Kindererziehungszeiten angerechnet werden.
- ◆ Die CSU-Landesgruppe will die private und betriebliche Altersvorsorge weiter stärken. Bei der sogenannten Riester-Rente soll die Grundzulage erhöht und die Kinderzulage einheitlich auf 300 Euro angeglichen werden.
- ◆ Beim Betriebsrentenstärkungsgesetz will sie sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Verbesserungen auch nichttarifgebundenen Unternehmen zugutekommen.
- ◆ Wer unter die Grundsicherung im Alter fällt, darf nicht mehr haben, als derjenige, der nicht darunter fällt. Ansprüche aus der betrieblichen und privaten Altersvorsorge sollen mithilfe eines Freibetrags nicht vollständig auf die Grundsicherung angerechnet werden.
- ◆ Für alle Selbstständigen wird eine verpflichtende Absicherung mit Wahlfreiheit gefordert. Der SPD-Vorschlag der Solidarrente wird abgelehnt.
- ◆ Förder-Angebote sollten in Zukunft insgesamt einfacher und unkomplizierter gestaltet werden.

Das war die Klausur bei Twitter Storify zu #Seeon17

#seeon17
Top-Thema

politwi
@politwi

Politische Top-Themen 04.01. 14 Uhr politwi.de

1. #seeon17
2. #petry
3. #seehofer
4. #lauer
5. #csu

2:05 PM - 4 Jan 2017

CSU-Landesgruppe @csu_bt · 20 Std.

Was läuft aktuell bei unserer Klausurtagung? Was wird getwittert? Verfolgen Sie unser Storify zu #Seeon17 :

Die CSU-Landesgruppe in Kloster Seeon
Es ist soweit: Die Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Kloster Seeon hat begonnen. Bis Freitag diskutieren die Bundtagsabgeordneten hier...
landesgruppe.de

CSU-Landesgruppe @csu_bt · 3 Std.

In #Seeon17 jetzt zu Gast: #EU-#Frontex - Chef Fabrice Leggeri. #InnereSicherheit, #flüchtlingsströme und Umbau von Frontex im Mittelpunkt.



CSU-Landesgruppe @csu_bt · 21 Std.

Jetzt zu Gast in #Seeon17: Die norwegische Ministerpräsidentin Erna #Solberg. Themen: Beziehung zur #EU und Bekämpfung von #Fluchursachen

CSU-Landesgruppe @csu_bt

Zu später Stunde zu Gast: Bedford-Strohm diskutiert mit den Abgeordneten über aktuelle Themen wie z.B. die

Pressestatement von G. #Hasselfeldt und N. Lammert #Seeon17

CSU-Landesgruppe @csu_bt · 5 Std.

Julian King zu Gast: Wir diskutieren vor allem über die #InnereSicherheit. Brauchen effektivste Kontrolle an den Grenzen #Seeon17

CSU-Landesgruppe @csu_bt · 4 Std.

Mit #BND Präsidenten Kahl und bayerischen Innenminister #Herrmann diskutieren wir über nationale Maßnahmen der #innerenSicherheit #seeon17

Impressum

Herausgeber:
Max Straubinger MdB
CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag
11011 Berlin · Platz der Republik 1
Telefon: (030) 227 - 70212
internet: www.csu-landesgruppe.de

Verantwortliche Redakteure:
Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns
E-Mail: bab@cducsu.de

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.

Foto Editorial: Henning Schacht

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.